NAH DRAN UND KOMPETENT

Für Arbeit - Innovation - Gerechtigkeit - Gegen marktradikale Demokratie- und Sozialabbau

Entschließung der Vertrauensleutekonferenz des IG Metall Bezirks Berlin-Brandenburg-Sachsen am 26. August 2005 in Dresden

---

Die Beispiele der Firma Bosch Siemens Hausgeräte in Berlin und der Firma Grohe in Herzberg zeigen, was unter der Selbstregulierung des Marktes zu verstehen ist. Bei Bosch Siemens soll die Produktion verlagert und Grohe zum Ende des Jahres geschlossen werden. Trotz Rekordgewinn hat die Deutsche Bank verkündet, sie werde Arbeitsplätze abbauen. Schwarze Zahlen sind unter finanzkapitalistischen Kriterien keine Garantie für sichere Arbeitsplätze.

Die FDP schreibt in ihrem Wahlprogramm diesen Marktradikalismus fest.
Die CDU/CSU beschreibt unter dem Motto „Sozial ist was Arbeit schafft“ den rigorosen Abbau von Arbeitnehmerrechten. So sollen Mitbestimmung, Tarifautonomie, Kündigungsschutz eingeschränkt werden, Langzeitarbeitslose weniger Geld bei Neueinstellung bekommen und Verschlechterungen als günstig für Arbeitnehmer definiert werden können.

Tarifliche Abweichungen durch so genannte betriebliche Bündnisse sollen möglich sein, „wenn es der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen dient“. Dadurch steigt der Druck auf die Arbeitnehmer, da die Tarifvertragsparteien außen vorgelassen werden.

Die Abweichungen werden vorgeblich von der Zustimmung der Arbeitnehmer abhängig gemacht, aber Belegschaftsabstimmungen mit vorgehaltenem Revolver sind keine Demokratie, sondern Erpressung.

Arbeit wird so nicht mehr die Tätigkeit sein, die ein angemessenes Einkommen für ein würdiges Leben ermöglicht. Armut und gesellschaftliche Spaltung ist unter diesen Voraussetzungen die Folge.

Gegen diese Politik der Erpressung und des Demokratieabbaus werden wir in den Betrieben entschiedenen Widerstand organisieren.

Die SPD rückt in einigen Punkten von ihrer bisherigen Politik ab. Lohndumping soll unterbunden, eine Bürgerversicherung eingeführt werden, Spitzenverdiener stärker besteuert und Eltern entlastet werden.
Doch trotz kleiner Änderungen bleiben die wesentlichen Kritikpunkte an Hartz IV erhalten. Das viel beschworene Prinzip des Forderns und Förderns bleibt auf das Fordern beschränkt. Langzeitarbeitslose werden bestraft, denn die Arbeitsplätze, in die sie überführt werden können, gibt es nicht.

Die Steuerpolitik auch unter der rot - grünen Regierung führt zu einer Verarmung der öffentlichen Hand und verhindert, dass Impulse für Wirtschaftswachstum gegeben werden. Wer das Fördern und Fordern propagiert, der muss eine Nachfragepolitik organisieren. Davon sind wir weit entfernt.

Das Vertrauen in die Politik hat großen Schaden genommen. Wir haben 1998 auf die neue Politik gehofft. 16 Jahre Stillstand waren genug. Einiges ist wieder korrigiert worden, aber jetzt stimmt die Richtung nicht mehr.

Die Bedürfnisse der Menschen in unserem Land müssen der Maßstab sein und nicht die der Aktionäre und der Shareholder - value. Wir finden uns nicht mit zunehmender sozialer Ungleichheit ab. Arbeit und soziale Gerechtigkeit in einer modernen Welt ist das Mindeste, was wir von der Politik verlangen können.
Wir wollen die Zukunft mitgestalten - jeden Tag in den Betrieben!
Wir sagen was wir wollen, denn wir wollen nicht nur nehmen, was man uns geben will!

Wir leisten jeden Tag gute Arbeit, deshalb erheben wir Anspruch auf eine gute, eine gesicherte Zukunft für uns und unsere Kinder. Dazu gehören sichere Arbeitsplätze, ein gutes Bildungs- und Gesundheitssystem und eine sichere Altersversorgung.

Mitbestimmung ist Bestandteil unserer sozialen Demokratie

Arbeitnehmer sind nicht nur ein Kostenfaktor. Wir wollen mitgestalten, wenn es um unsere Zukunft geht. Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat und Betriebsrat setzen sich für die Sicherheit der Arbeitsplätze und notwendige Zukunftsinvestitionen ein. Wer dies mit der Forderung nach Abschaffung oder Einschränkung der Mitbestimmung verhindern will, bedroht damit auch einen wichtigen Innovationsfaktor der deutschen und europäischen Wirtschaft.

Wir treten für eine Erweiterung des deutschen Mitbestimmungsrechts ein. Wir müssen den Beschäftigten in ausländischen Betrieben das Wahlrecht zum Aufsichtsrat einer deutschen Konzernmutter erhalten. Mitbestimmung darf nicht an nationalen Grenzen enden.

Tarifautonomie ist das Recht auf freie eigenständige Verhandlungen

Sie sichert den Arbeitnehmern Gestaltungsmöglichkeiten bei Einkommen und Arbeitsbedingungen. Sie ist die glaubwürdige Alternative zu staatlichem oder unternehmerischem Lohndiktat. Wir werden unser Recht auf freie Verhandlungen mit Zähnen und Klauen verteidigen.

Wählen kann man nur die Parteien, die die Tarifautonomie sichern, die Betriebsverfassung garantieren und zu einer spürbaren Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums nachvollziehbare programmatische Aussagen treffen.

Wir stehen für Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit.

Wir fordern:

1. Arbeitslosigkeit bekämpfen - für ein wachstums- und innovationspolitisches Sofortprogramm
2. Soziale Sicherungssysteme zukunftsfähig machen - für eine solidarische Bürgerversicherung
3. Handlungsfähigkeit des Staates sichern und gerecht finanzieren - für eine solidarische Einfachsteuer
4. Arbeitnehmerrechte und Tarifautonomie stärken - Demokratie in Betrieb und Gesellschaft weiter entwickeln
5. Das europäische Sozialmodell weiter entwickeln - für eine neue politische Initiative

Für diese andere Politik werden wir gesellschaftlich mobilisieren. Wir werden uns für eine soziale Politik engagieren, im Betrieb und an anderen Orten. Wir werden mit Parteien und Vertretern aus Parlamenten diskutieren. Und wir werden die Debatte mit anderen Organisationen, Institutionen und Bewegungen suchen.
Unser Ziel ist eine breite zivil-gesellschaftliche Allianz, die sich mit uns für mehr Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit engagiert. Mit dem Arbeitnehmerbegehren haben wir erste Zeichen gesetzt. Wir werden nicht nachlassen!